



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 23.07.2014, 18:15 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Obdachlosenheim Ersatzbau für Gebäude Gänsfußallee 33 an der Ecke Kammererstr. / Oscar-Walcker-Str. -Beschluss Standort -Beschluss Raumprogramm -Beschluss zum Planungs- und Vergabeverfahren (Vorberatung)	Vorl.Nr. 172/14
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 1 wurde gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1 der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 23.07.2014.

TOP 2	Entwicklung Ganztageschule - Referat Herr Brugger (Städtetag)
-------	--

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt Herrn **Brugger** vom Städtetag Baden-Württemberg, der über die aktuellen Entwicklungen zum Ganztagesbetrieb an Grundschulen informiert. Die Präsentation, die er hierzu auszugsweise zeigt, werde komplett an alle Mitglieder des Gemeinderates verschickt. In Baden-Württemberg sei die Ganztageschule bereits 1968 eingeführt worden, so Herr Brugger. Bis 2003 sei sie jedoch noch immer als Ausnahmeschule mit dem Klischee des sozialen Brennpunktes behandelt worden. Ein echter Meilenstein sei daher der am 16. Juli 2014 vom Landtag gefasste Beschluss zum Ganztageschulen-Gesetz, das sich ausschließlich auf Grundschulen beschränke. Dieses Gesetz, das ab dem Schuljahr 2014/15 gelte, baue Hürden ab und schaffe neue Möglichkeiten zur Umstellung nach und nach. Zielvorstellung sei es, dass bis zum Jahr 2023 70 % der Grundschulen auf Ganztagesbetrieb umgestellt hätten. Er erläutert die neu eingeführten Begriffe „Wahlform“ und „verbindliche Form“, die die bisherigen Bezeichnungen „offen“ und „gebunden“ ablösen und weist auf die zur Umstellung auf Ganztagesbetrieb notwendige Zustimmung der Schulkonferenz hin. Obwohl das Betreuungsangebot groß sei, werde es teilweise doch notwendig sein, zusätzliche Angebote zu machen. Herr Brugger erläutert weiter die Übergangsvarianten, die es bei der Umstellung gebe und berichtet über weitere Neuheiten. Zum

Abschluss mahnt er, unbedingt die Antragsfristen einzuhalten, zumal seines Erachtens eine Ganztageschule in der Ludwigsburger Schullandschaft nicht fehlen dürfe.

EBM **Seigfried** zeigt sich zuversichtlich, dass die Frist zum 01.10.2014 eingehalten werden könne, zumal es formell ausreiche, den Beschluss des Gemeinderates nachzureichen. Anschließend eröffnet er die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** erkundigt sich, ob eine Kombination der unterschiedlichen, aber bisher schon in Ludwigsburg bestehenden Formen der Ganztagesbetreuung möglich sei. Danach spricht er die Quote an, die erforderlich für die Einführung eines Ganztagesbetriebes sei und fragt nach, ob die Wahl dann für alle Schüler verbindlich sei.

Herr **Brugger** stellt klar, dass eine Kombination aus Wahlform und verbindlicher Form nicht möglich sein werde. Wenn beide Formen angeboten werden sollen, müssten dies getrennte Schulen, eventuell aber am selben Standort sein.

Stadtrat **Dr. Vierling** freut sich über den Schulterschluss zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung dessen Ergebnis ein Eckpunktepapier sei, das nun größtenteils in das Ganztages-Grundschulgesetz übernommen worden sei. Für die Schulen hätte sich dadurch eine gewisse Planbarkeit ergeben, die es möglich mache, die vorgegebenen Fristen einzuhalten. Problematisch sei es nun vielmehr zwischen den unterschiedlichen Formen das Richtige auszuwählen. Für ihn stelle sich deshalb die Frage, was pädagogisch sinnvoll sei, vor allem betrachtet für die gesamte Schullandschaft Ludwigsburgs. Grundsätzlich vertrete er die Auffassung, dass ein verbindlicher Ganztagesbetrieb leistungsfähiger sei als in der Wahlform. Genau geprüft werden müsse auch die Monetarisierung von Lehrerstunden. Es gebe zwar sehr gute Angebote außerhalb der Schule, aber vielleicht eben nicht so gute, wie wenn sie von der Schule selbst gemacht würden. Zumal diese außerschulischen Angebote deshalb nicht automatisch wegfallen müssten.

Für seine Fraktion bestätigt Stadtrat **von Stackelberg**, dass die Ganztageschule gewollt werde und der Weg dorthin auch weiterhin unterstützt werde. Interessant werde es sicherlich dann, wenn die Schulen mit den Berechnungen ihrer künftigen Finanzbedarfe auf den Gemeinderat zukämen. Grundsätzlich aber hätte man sich mehr Flexibilität gewünscht. Es sei schwer verständlich, warum an einer großen Schule nicht mehrere Profile angeboten werden könnten, also eine Kombination aus Wahlform und verbindlicher Form. Besonders bei Einhaltung der Schulbezirke werde dies unweigerlich zu einer Einschränkung der Wahlmöglichkeit für die Familien führen. Trotzdem gelte es nun, ein bisher recht gut funktionierendes System der Ganztagesbetreuung zu ersetzen durch ein neues System, von dem er hoffe, dass es mindestens ebenso gut funktioniere und für die Eltern kostenfrei sei.

Stadträtin **Moersch** bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den umfangreichen Überblick, den Herr Brugger gegeben habe. Es sei ein hoch gestecktes Ziel von jetzt landesweit rund 14 % auf 50 % im Ganztagesbetrieb aufzustocken. Abzuwarten bleibe daher, was das für Ludwigsburg bedeute, wo man bereits ein funktionierendes System habe. Für ihre Fraktion stehe bei der Wahl der Schulform der Elternwille an erster Stelle und das solle auch künftig so bleiben. Für sie stelle sich die Frage, wie weit das Land hinsichtlich der Finanzierung zu seinen Zusagen stehe und was letztendlich auf die Stadt zukäme. Als Problem sehe auch sie die fehlenden Kombinationsmöglichkeiten der beiden Grundschulen auf dem Schulcampus an, wenn die beiden Schulformen beibehalten werden sollten. Zumal dies der Absicht widerspräche, die Grundschule möglichst in fußläufiger Entfernung zu haben. Sie hoffe jedoch darauf, dass sich hier noch Änderungen und Auflockerungen ergeben.

Mit der neuen Regelung sieht Stadtrat **Heer** viel auf die Stadt, die Schulen und auch die Eltern zukommen. Bei dem zusätzlichen Verwaltungsaufwand auf Seiten der Schulen sehe er die Gefahr, dass versucht werde, dies durch die Monetarisierung von Lehrerstunden auszugleichen. Damit werde die Betreuung insgesamt aber sehr kostenintensiv. Für seine Fraktion sei die Wahlfreiheit

der Eltern ganz wichtig, deshalb sehe auch er die bereits angesprochene Einschränkung als problematisch an.

Das Angebot, dass es bisher schon gab, sei nach Ansicht von Stadtrat **Dr. Herrmann** sehr gut gewesen. Schließlich sei Qualität in der Betreuung nicht nur durch pädagogische Fachkräfte zu erreichen. Er mahnt dazu, bei der Finanzierung neuer Schulmodelle mit den vorhandenen Steuergeldern Maß zu halten und wünscht sich ebenfalls eine größere Flexibilisierung.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) schließt die Runde mit der Ankündigung, dass Ludwigsburg es schaffen werde, sogar zwei Anträge fristgerecht zu stellen. Dabei gehe es um die Schlösslesfeldschule, die sich genau wie die Hirschbergschule für die Wahlform entschieden habe. Sie freue sich über den Mut der beiden Schulen, bereits alles vorzubereiten und zu handeln, noch bevor die gesetzlichen Vorgaben geschaffen waren.

Herr **Brugger** räumt ein, dass es für die Stadt Ludwigsburg eine große Herausforderung sei, eine passgenaue Lösung zu finden. Ganz sicher seien dazu Investitionen notwendig, die aber Investitionen in die Zukunft darstellten. Er sagt zu, den Wunsch der Ludwigsburger nach mehr Flexibilität beim Kultusministerium vorzubringen, verspreche sich davon im Moment allerdings nicht all zu viel. Die Einschränkungen durch die Schulbezirke hingegen seien ausgeräumt, freut sich Herr Brugger. Wenn im eigenen Bezirk das gewünschte Angebot nicht gemacht werden könne, sei ein Wechsel möglich. Zur Frage der Finanzierung durch das Land macht er deutlich, dass zwar kein Anspruch auf die Genehmigung des Ganztagesbetriebes bestehe, wenn sie aber erteilt werde, stehe auch die Finanzierung. Ein echter Streitpunkt sei jedoch noch die Frage der Kostenübernahme für das Mittagessen. Aus seiner Sicht sei nicht zu erwarten, dass es eine landesweite Entwicklung hin zur verpflichtenden Form gebe.

TOP 3 Zwischenbericht Werkrealschulentwicklung - Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) gibt einen Zwischenbericht zur Entwicklung der Werkrealschulen in Ludwigsburg. Aufgrund der deutlich sinkenden Schülerzahlen sei man mit den Schulleiterinnen und Konrektoren der drei Werkrealschulen in den Dialog gegangen. Daran beteiligt gewesen seien außerdem das staatliche Schulamt, das Regierungspräsidium und der örtliche Personalrat. Aufgrund der Anmeldezahlen könne davon ausgegangen werden, dass es an der Justinus-Kerner-Schule zwei Eingangsklassen, an der Hirschbergschule eine Eingangsklasse und an der Oststadtschule keine Eingangsklasse mehr gebe. Mit Blick auf die allgemeine Entwicklung der Schullandschaft sei damit zu rechnen, dass die Schülerzahlen der Werkrealschulen weiterhin zurückgehen werden. Für die Oststadtschule würde dies voraussichtlich bis in drei oder vier Jahren das Aus bedeuten. Die Entwicklung der Hirschbergschule bleibe auch hinsichtlich des Wunsches auf Umstellung der Grundschule in einen Ganztagesbetrieb abzuwarten und bei der Justinus-Kerner-Schule sei es nach Ansicht von Frau Schmetz wahrscheinlich, dass diese auch noch in den nächsten ein bis zwei Schuljahren Eingangsklassen anbieten könne. Aktuell werde deshalb überlegt, die Klassenstufen fünf und sechs der Justinus-Kerner-Schule in die Räume der Oststadtschule zu verlegen, so dass dann noch für die Stufen ab Klasse 7 Ersatzräume gesucht werden müssten. Derzeit werde hierfür ein Konzept erarbeitet, dass voraussichtlich im Herbst vorgestellt werden könne.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass auf jeden Fall auch künftig eine Werkrealschule in Ludwigsburg vorgehalten werden sollte. Da die Justinus-Kerner-Schule ein gutes Konzept habe,

spreche viel für die Lösung, diese Schule in die leerwerdenden Räume der Oststadtschule umzuziehen, um dort den guten Standort nutzen zu können. Den Schülerinnen und Schülern, soll es ermöglicht werden, ihren Schulabschluss an der jetzt von ihnen besuchten Schule zu machen. Entsprechende Informationen wurden in Form eines gemeinsamen Briefes der Verwaltung und der betroffenen Schulleitungen an die Eltern der Ludwigsburger Werkrealschulen verschickt. Dieser Brief sei darüber hinaus auch an die Fraktionen im Gemeinderat verteilt worden.

Stadtrat **Dr. Vierling** erhofft sich von dem dargestellten Dialogprozess eine Konsenslösung für alle Beteiligten. Unabhängig vom jeweiligen Standort müsse der Abschluss an einer Werkrealschule für die Schülerinnen und Schüler unbedingt gesichert sein. Abschließend erkundigt er sich, ob bei vier Eingangsklassen der Gemeinschaftsschule die Räumlichkeiten im dafür vorgesehenen Gebäude und unter Berücksichtigung der zweijährigen Interimslösung für das Goethe-Gymnasium, überhaupt ausreichen.

Stadtrat **von Stackelberg** möchte wissen, ob bei diesen Gesprächen vielleicht auch schon Überlegungen angestellt worden seien, eventuell doch eine der Schulen in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Er kritisiert frühere Aussagen, wonach für den Umzug des Goethegymnasiums in die Pestalozzischule keine Kosten entstehen würden. Nun werde aber doch klar, dass sehr wohl Kosten zu erwarten seien. Er wolle daher schnellstmöglich erfahren, in welche Höhe sich diese bewegten. Darüber hinaus bittet er um Informationen darüber, was mit den Kooperationsklassen passieren solle. Nachdem zwischenzeitlich von vier Eingangsklassen in der Gemeinschaftsschule die Rede sei frage er sich, ob dafür überhaupt genug Platz sei, da bislang von einer maximal dreizügigen Schule ausgegangen sei.

Stadträtin **Moersch** schließt sich der Frage nach der Zukunft der Kooperationsklassen an und bittet außerdem um Angaben zur angedachten Zeitschiene.

Die Kommunikation mit den Eltern habe erst sehr spät stattgefunden, kritisiert Stadträtin **Faulhaber**. Da Schulstandorte immer auch Identifikationspunkte seien, solle ihrer Ansicht nach nicht zu viel an einem Standort konzentriert werden. Der Campus in der Alleenstraße sei eigentlich schon zu voll.

Frau **Schmetz** betont, dass es zwar ein schmerzhafter Prozess sei, es sich aber tatsächlich um eine Konsenslösung handle. Die Empfehlung aus dem Dialogverfahren heraus sei daher deutlich für einen Standort der Werkrealschule in der Oststadtschule, in der dann weiterhin der Werkrealschulabschluss gemacht werden könne.

Die Schulsysteme sollten so lange aufrechterhalten werden, wie sie funktionierten, fordert EBM **Seigfried**. Da dies zurzeit sowohl bei der Justinus-Kerner- als auch bei der Oststadtschule der Fall sei, sollten die Schulen deshalb nicht zusammengefasst werden. Vielmehr sollte der Standortwechsel sukzessiv über die Raumbelastung erfolgen.

Nachfolgend beantwortet Frau **Schmetz** die Fragen aus der Mitte des Gremiums und berichtet zunächst darüber, dass die Diskussion um weitere Gemeinschaftsschulen der Suche nach einer Lösung für die Werkrealschulen hinten angestellt worden sei. Ziel sei es dabei gewesen, den Eltern noch vor der Sommerpause eine Lösung präsentieren zu können. Die Kooperationsklassen sollen im Gebäude der ehemaligen Silcherschule untergebracht werden. Die Kosten für den erforderlichen Umbau bzw. die brandschutztechnische Ertüchtigung des Gebäudes würden derzeit noch ermittelt. Wenn sich die Gemeinschaftsschule tatsächlich in Richtung der Vierzügigkeit entwickle, müsse tatsächlich eine Lösung für das sich daraus ergebende Raumproblem gesucht werden. Bis dahin sollte aber abgewartet und der Schulbetrieb an der Gemeinschaftsschule erst einmal aufgenommen werden. Zur Zeitschiene gibt sie an, dass geplant sei, im Oktober dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales eine entsprechende Vorlage zur Entscheidung vorzulegen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 178/14, ist mit dem Bericht von Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) zur Entwicklung der Werkrealschulen erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 3.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) informiert über die aktuelle Situation und über die prognostizierte Entwicklung bei den Betreuungsplätzen für Kinder von 0-3 Jahren. Anhand der Vorl. Nr. 240/14 erläutert sie im Detail, wie viele Plätze in welchen Bereichen vorhanden sind und zeigt mit Hilfe eines Schaubildes auch die errechneten Bedarfe bis zum Jahr 2027. In der Vorlage sei außerdem dargestellt, welche wichtige Rolle die weiteren Träger in der Kinderbetreuung spielten. Wenn diese teilweise auch klein seien, so deckten sie in der Summe doch einen großen Bedarf an Plätzen ab. Wichtig sei es in diesem Zusammenhang zu erläutern, wie mit den Anfragen zur Aufnahme in die Kindergartenbedarfsplanung umgegangen werde. Hierzu sei es nämlich erforderlich, dass bestimmte Kriterien erfüllt werden. Erst dann würde ein Antrag dem Gremium zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zwei Punkte wolle er im Namen seiner Fraktion noch anmerken, so Stadtrat **Meyer**. Zum einen habe er die Bitte, dass die Entwicklung der tatsächlichen Zahlen genau beobachtet werde um rechtzeitig im Gremium berichten zu können, wenn es zu unerwarteten Abweichungen komme. Zum anderen wolle er wissen, ob die zu Beginn des Jahres gestellte Prognose für das Jahr 2014 heute noch realistisch und erfüllbar sei.

Stadtrat **Dr. Vierling** weist darauf hin, dass das Schaubild lediglich den fiktiven Bedarf darstelle. Der tatsächliche Bedarf könne hiervon durchaus abweichen. Dennoch sehe seine Fraktion Handlungsbedarf und frage sich, ob die als fehlend dargestellten Plätze mit den noch zu fassenden Beschlüssen aus dem Bereich der Kinderbetreuung auch wirklich geschaffen werden könnten. Darüber hinaus wolle er wissen, ob davon ausgegangen werden könne, dass die beschlossenen Maßnahmen im dafür vorgesehenen Jahr vollumfänglich abgeschlossen würden.

Stadtrat **Daferner** betont, dass ihm in der Vorlage vor allem eine Aussage besonders wichtig sei. Nämlich dass für die folgenden Jahre zu prüfen sei, welche Maßnahme in welchem Umfang noch realisiert werden müssen um den zukünftigen Bedarf zu decken. Dies sei die zentrale Fragestellung, sowohl für die Entscheidung über künftige Baumaßnahmen als auch über die mittelfristige Finanzplanung. Er fordere deshalb weitere Informationen darüber, was zur Deckung des Bedarfs sowohl in baulicher als auch in finanzieller Hinsicht noch auf die Stadt zukomme. Die Stadt Ludwigsburg boomt, freut sich Stadträtin **Moersch**. Dazu gehöre, dass es viele kleine Kinder in der Stadt gebe. Selbstverständlich bräuchten diese Kinder Betreuungsplätze, die zur Verfügung gestellt werden müssten. Sie sehe die Stadt Ludwigsburg in diesem Bereich aber recht

gut aufgestellt. Grundsätzlich stimme ihre Fraktion dem Ausbau in Höhe von 1% pro Jahr zu. Genau wie sie auch mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehe. Anträge auf Aufnahme in die Kindergartenbedarfsplanung erst zur Entscheidung vorzulegen, wenn alle Antragsunterlagen vorlägen. Was ihr jedoch fehle, sei eine Aussage zur Entwicklung der Kindertageseinrichtungen in Pflugfelden sowie in Ossweil und der Oststadt und deren Auswirkung auf die Bedarfsplanung.

Nach Ansicht von Stadtrat **Heer** sei man im Bereich der Kinderbetreuung auf dem richtigen Weg. Dies belegten die Zahlen deutlich. Die Bedarfe stiegen zwar, aber die Stadt habe darauf bereits reagiert. Sicherlich bestehe in manchen Stadtteilen trotzdem noch Nachholbedarf. Speziell für Pflugfelden, Ossweil und die Oststadt wolle er wissen, bis wann hier weitere Plätze eingerichtet werden könnten.

Die Deckung des Bedarfes an Plätzen für unter Dreijährige sei erreicht, freut sich Frau **Schmetz**. Es seien genug Plätze vorhanden, wenn diese auch nicht immer direkt vor der Haustüre lägen. Abschließend geht sie auf die Fragen aus der Mitte des Gremiums ein und sagt zu, nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens die Auswertungen zu Pflugfelden, Ossweil und der Oststadt noch nachzuliefern.

TOP 5

Raumprogramm für die Erweiterung der
Katholischen Kindertageseinrichtung
Landäckerstraße 11

Vorl.Nr. 225/14

Beschluss:

1. Der Ausschuss folgt der Empfehlung der Verwaltung und stimmt dem Raumprogramm für die Erweiterung der Katholischen Kindertageseinrichtung Landäckerstraße 11 um drei Gruppen zu (Anlage 3)
2. Der Ausschuss beauftragt den Träger der Katholischen Kindertageseinrichtung Landäckerstraße 11 gemeinsam mit der Kirchengemeinde Neckarweihingen mögliche Varianten zur baulichen Umsetzung zu prüfen und für die Maßnahmen Kostenberechnungen nach HOAI LPH 3 zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl. Nr. 225/14. Auf Sachvortrag und Aussprache wird Seitens des Gremiums verzichtet, so dass er über den Beschlussvorschlag abstimmen lässt.

Beschluss:

1. Für die Abteilung Pflugfelden wird ein Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug –HLF 20- beschafft.
2. Das derzeitige Löschgruppenfahrzeug –LF 10/6- wird als Ersatzfahrzeug für die Gesamtwehr verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Mit dem Hinweis auf die Vorl. Nr. 234/14 stellt EBM **Seigfried** fest, dass Seitens des Gremiums kein zusätzlicher Sachvortrag oder eine Aussprache gewünscht werden, so dass er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

1. Die Spende der **Paul Lechler Stiftung gGmbH** i.H.v. **35.000,- EUR** wird angenommen (Ifd. Nr. 1).
2. Die Spende der **Wüstenrot Stiftung** i.H.v. **7.080,- EUR** wird angenommen (Ifd. Nr. 8).
3. Die Spende der **Kreissparkasse Ludwigsburg** i.H.v. **150.000,- EUR** (2014/15/16 je 50.000,- EUR) wird angenommen (Ifd. Nrn. 29 und 30).
4. Alle weiteren in der Anlage aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig
Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 23.07.2014

angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nr. 260/14 enthalte die Auflistung der Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen aus dem 1. Halbjahr 2014, so EBM **Seigfried**. Auf Anregung von Stadtrat **von Stackelberg** sagt er zu, den Dank des Gremiums an die Spender weiterzugeben und stellt die Vorlage zur Abstimmung.